

# Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 11)

Autor: Fred Luks

[www.fredluks.com](http://www.fredluks.com), [mail@fredluks.com](mailto:mail@fredluks.com)

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.<sup>1</sup>

## Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
  1. Erfolg und Scheitern
  2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
  3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
  4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
  5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
  6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
  7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
  8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
  9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
  10. Wohlstand und Wirtschaft
  11. Innovation und Exnovation
  12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
  13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

## Auszug Kapitel 11

### Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht

#### „Schöpferische Zerstörung“ als Fortschrittsbedingung

Das Bekenntnis zu Innovation und Innovationsfähigkeit ist Kern der meisten wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Auch die Industriellenvereinigung bekennt sich vehement dazu, dass Innovationen zentraler Aspekt erfolgreichen Wirtschaften ist, ein wichtiger Text zu wirtschaftspolitischen Grundfragen trägt die Innovation sogar im Titel: „Erfolgreiche Zukunft. *Innovative Wirtschaft*. Gerechte Chancen“ (IV 2012, 1; Herv. FL). In diesem Titel kommt bereits zum Ausdruck, dass Innovation nicht nur ein ökonomisches, sondern wesentlich ein gesellschaftspolitisches Thema ist. Gesellschaftliche Problemlösung und sozioökonomischer und nicht zuletzt ökologischer Fortschritt ist ohne Innovation schlicht nicht denkbar. Entwicklung braucht Innovation. Innovation und „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter 1993, 137f.) sind zentrale Kennzeichen marktwirtschaftlich-demokratischer Systeme – und von entscheidender Bedeutung für deren Fähigkeit, Wohlstand zu produzieren. Sich selbst „seit Jahrhunderten laufend neu zu erfinden,“ so schreibt die Industriellenvereinigung, „ist die zentrale Leistung der Industrie.“ (IV 2012, 4) Das Werk des österreichischen Ökonomen Joseph Alois Schumpeter ist bis heute die maßgebliche Quelle zu diesem Thema.<sup>1</sup>

Da der Name Schumpeter im Innovationsdiskurs dauernd zitiert wird, sei hier ein kompakter Blick auf seine tatsächlichen Aussagen geworfen (vgl. zum Folgenden auch Luks 2013, 153ff., 199ff.). Ihm geht es dabei nicht einfach um eine Expansion der Wirtschaft, sondern um qualitative Veränderungsprozesse. Das „bloße Wachstum der Wirtschaft, wie es sich in Bevölkerungs- und Reichtumszunahme darbietet“, ist für Schumpeter *nicht* Entwicklung: „Denn es ruft keine qualitativ neuen Erscheinungen hervor, sondern nur Anpassungsvorgänge derselben Art wie etwa die Änderungen der natürlichen Daten“ (Schumpeter 1952, 96).

Entwicklung definiert Schumpeter (1952, 100) in einer vielzitierten Formulierung als „Durchsetzung neuer Kombinationen“. Diese Durchsetzung ist identisch mit Innovation. Dabei können fünf Fälle unterschieden werden: Herstellung neuartiger Produkte, Einführung von neuen Produktionsmethoden, Erschließung neuer Absatzmärkte, Eroberung neuer Rohstoffquellen sowie die Veränderung von Marktstrukturen („Durchführung einer Neuorganisation“) (Schumpeter 1952, 100f.). Nur bei Vorliegen einer dieser Fälle der Durchsetzung von neuen Kombinationen kann nach Schumpeter überhaupt von Entwicklung gesprochen werden. Innovation ist bei ihm genau diese Durchsetzung.

Gleichsam „zuständig“ für diese Durchsetzung ist der Unternehmer. Der „Schumpetersche Unternehmer“ ist ein Jahrhundert nach der Erstpublikation fast schon sprichwörtlich. In der Tat steht diese Figur im Zentrum von Schumpeters Innovationstheorie. Dabei grenzt er diese Figur vom bloß verwaltenden „Wirt“ deutlich ab. Unternehmer sind, so Schumpeter (1952, 111), „die Wirtschaftssubjekte, deren Funktion die Durchsetzung neuer Kombinationen ist und die dabei das aktive Element sind.“ Der Begriff des Unternehmers bezieht sich mithin auf seine ökonomische *Funktion* und *nicht* auf seinen Status, beispielsweise den eines Fabrikherren oder Industriellen (Schumpeter 1952, 112). Unternehmer ist folglich auch eine Position, die gleichsam „verloren“ gehen kann – nämlich dann, wenn das betreffende Subjekt aufhört, neue Kombinationen durchzusetzen. Wer eine Unternehmung nach Durchsetzung einer neuen Kombination „kreislaufmäßig weiterbetreibt“ (Schumpeter 1952, 116), ist in dieser Lesart also kein Unternehmer. Deshalb bleibt auch nur selten jemand „durch die Jahrzehnte seiner Kraft immer Unternehmer“ (Schumpeter 1952, 116).

---

<sup>1</sup> Schumpeter ist von seiner Herkunft her Österreicher, er ist natürlich kein *Austrian Economist* in der theoriegeschichtlichen Bedeutung des Wortes.

Ein rein technischer Innovationsbegriff ist der Welt von heute nicht angemessen – er muss auch soziale und politische Neuerungen umfassen (Mühlenbruch u.a. 2004; vgl. auch IV 2012, 12). Für einen zukunftsfähigen gesellschaftlichen Fortschritt erscheint es unerlässlich, den Innovationsbegriff nicht auf technische Neuerungen zu reduzieren, sondern dezidiert soziale (oder kulturelle) Veränderungen zu berücksichtigen. Der Begriff der sozialen Innovation bezieht sich auf die Entwicklung neuartiger Ideen, Produkte und Dienstleistungen, die zur besseren Bewältigung gesellschaftlicher Probleme geeignet sind. An dieser Form der Innovation können ganz unterschiedliche Akteurinnen beteiligt sein – neue Kooperationen gewinnen auf diesem Gebiet stark an Bedeutung (Christanell u.a. 2019).

### **Wann gedeihen Innovationen?**

Wenn Innovationen wünschenswert sind, stellt sich die Frage nach den Bedingungen, die für die Entstehung von Innovationen günstig sind. Wie schon klar geworden sein sollte, ist dies mitnichten eine rein ökonomische Frage. Ob Unternehmer ein innovationsfreundliches Umfeld haben, ist ganz dezidiert auch ein gesellschaftspolitisches Thema. Wir haben (in [Kapitel 8](#)) bereits gesehen, dass demographische Entwicklungen wie die Alterung einer Gesellschaft nicht oder zumindest nicht wesentlich innovationshemmend wirken. Faktoren wie Neugierde und Offenheit sind weitaus wichtigere Faktoren.

Anders als zu Schumpeters Zeiten werden Innovationen heute eher selten von einzelnen Unternehmern oder Genies generiert und weit häufiger von – regelmäßig divers und international zusammengesetzten – Teams und Netzwerken. Entsprechend ist es für die Innovationsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit eines Landes entscheidend, in Forschungsnetzwerken und innovativen „Ökosystemen“ präsent zu sein (IV 2019a). Wandel und Kreativität sind im 21. Jahrhundert Ergebnisse hochkomplexer Kollaborationsprozesse – auch wenn es wohl immer noch Erfindungen gibt, die in kalifornischen Garagen das Licht der Welt erblicken.

Ganz grundsätzlich gilt, dass Begriffe wie Kreativität und Innovativität in der heutigen Gesellschaft sehr hoch geschätzt werden. Sehr viele Menschen müssen (nicht zuletzt im Beruf) kreativ sein – und fast alle Menschen *wollen* das auch: Wenn es einen Wunsch gibt, der innerhalb der Gegenwartskultur die Grenzen des Verstehbaren sprengt, dann wäre es der, nicht kreativ sein zu wollen.“ (Reckwitz 2012) Damit ist auch „Innovation“ ein zentraler gesellschaftlicher Leitbegriff. Dennoch gibt es auch in einer Gesellschaft, die Innovation schätzt, unterschiedlich gute oder schlechte Bedingungen.

Vor diesem Hintergrund lautete eine zentrale Zukunftsfrage, welche *Rahmenbedingungen* für Innovationen förderlich sind. Auf wenigen Feldern tritt hier eine geradezu klassische wirtschaftspolitische Differenz zutage, die man im Slogan „Markt oder Staat“ zusammenfassen kann: Ist die wirtschaftliche Freiheit der Individuen (der „Unternehmer“) wichtiger für Innovationen („Markt“), oder braucht es politische Rahmenbedingungen oder gar industriepolitische Aktivitäten, um Innovationen gedeihen zu lassen („Staat“)? Am Ende wird es hier um die richtige Mischung gehen, wie auch die Industriellenvereinigung betont: „Die gesuchte Wirtschaftspolitik wird nach einer neuen Balance von ordnungspolitischer Rahmensetzung und eigener Gestaltungsambition streben.“ (IV 2012, 4)

Schumpeter selbst war, was die langfristige Innovationsfähigkeit kapitalistischer Länder anging, äußerst pessimistisch, wie sein zweites (spätes) Hauptwerk *Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie* zeigt. „Schöpferische Zerstörung“ ist, wie erwähnt, ein Schlüsselbegriff in diesem Werk. Er (1993, 137f.) spricht vom

„Prozeß einer industriellen Mutation (...), der unaufhörlich die Wirtschaftsstruktur *von innen heraus* revolutioniert, unaufhörlich die alte Struktur zerstört und unaufhörlich eine neue schafft. Dieser Prozeß der 'schöpferischen Zerstörung' ist das für den Kapitalismus wesentliche

Faktum. Darin besteht der Kapitalismus und darin muß auch jedes kapitalistische Gebilde leben“ (Herv. dort).

Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung verliert die schöpferische Zerstörung freilich an Bedeutung, und dieser Bedeutungsverlust ist für Schumpeter im kapitalistischen System *selbst* angelegt: „Der kapitalistische Prozeß vermindert (...) letzten Endes die Bedeutung der Funktion, dank welcher die kapitalistische Klasse lebt“ (Schumpeter 1993, 231). Die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Klasse verschlechtern sich, so Schumpeters These: „Angesichts der zunehmenden Feindseligkeit der Umgebung und angesichts der aus dieser Feindseligkeit geborenen gesetzgeberischen, administrativen und richterlichen Praxis werden die Unternehmer und Kapitalisten (...) zuletzt zu funktionieren aufhören“ (Schumpeter 1993, 252). Der Unternehmer – und der dessen Aktivitäten finanzierende Kapitalist – verlieren im Lauf der kapitalistischen Entwicklung also an Bedeutung – was nach Schumpeters Überzeugung nicht weniger zur Folge hat als das Ende dieser Entwicklung:

„Der gleiche ökonomische Prozeß, der die Stellung der Bourgeoisie unterhöhlt, indem er die Bedeutung der Unternehmer- und der Kapitalistenfunktion vermindert, die schützenden Schichten und Institutionen zerbricht und eine Atmosphäre der Feindseligkeit schafft, zersetzt somit auch von innen heraus die treibenden Kräfte des Kapitalismus“ (Schumpeter 1993, 261).

Letztlich führt die Entwicklung auch dazu, dass die Politik den Systemanforderungen nicht mehr gerecht wird: „Die soziale Atmosphäre (...) erklärt, warum die allgemeine Politik den kapitalistischen Interessen immer feindlicher wird, letzten Endes so sehr, daß sie grundsätzlich ablehnt, die Erfordernisse der kapitalistischen Maschine zu berücksichtigen, und daß sie für ihr Funktionieren zu einem ernsthaften Hindernis wird“ (Schumpeter 1993, 249). Darin besteht Schumpeters bürgerliche Zusammenbruchstheorie über das Ende des Kapitalismus. Die Vorhersagen dieser Theorie sind bekanntlich nicht eingetreten. Es gibt nach wie vor innovative Unternehmen – der Siegeszug der Digitalisierung mag als Beleg für diesen Befund ausreichen.

Neben der unternehmerischen Freiheit ist als Innovationsfaktor aber auch das „Kapital des Staates“ (Marianna Mazzucato) zu nennen. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Mariana Mazzucato hat die große Bedeutung analysiert, die Politik und Staat für die Entstehung neuer Technologien hat. An der Revolution, die Unternehmer wie Steve Jobs zum Erfolg verholfen haben, waren sehr früh auch staatliche Stellen beteiligt – und zwar so sehr, dass der Typus des innovativen Veränderers zwar nicht irrelevant, aber eben auch nicht ganz unabhängig von anderen Faktoren ist. Folgt man Mazzucato, ist sogar das Gegenteil der Fall:

„Sowohl in der Grundlagenforschung als auch bei der weiteren Vermarktung wurden die meisten grundlegenden technologischen Fortschritte des letzten halben Jahrhunderts, vom Internet bis zur Nanotechnologie, von staatlichen Institutionen finanziert, und *die Privatwirtschaft betrat das Spielfeld erst, als wirtschaftliche Erträge klar absehbar waren*. Bill Gates und Steve Jobs konnten großartige Produkte nur schaffen, indem sie auf den Wellen staatlich finanzierter Technologien surften.“ (Mazzucato 2016, 104; Herv. FL)

Damit gehören die Leistungen von (Digital-)Innovatoren in einen komplexen Zusammenhang gestellt, ohne den sie nicht verstanden werden können. Innovationen sind zwar letztlich nicht steuerbar und industriepolitisch antizipierbar, aber eben auch nicht völlig unabhängig von politisch gestaltbaren und zu gestaltenden Rahmenbedingungen.

Es wäre gewiss naiv und gefährlich zu glauben, der Staat könnte Innovationen oder Marktveränderungen auch nur halbwegs treffsicher vorhersagen, verordnen oder auch nur die Richtung erfolgreich vorgeben (vgl. Lotter 2018). Es wäre aber ebenso naiv und gefährlich anzunehmen, Innovationen passierten ausnahmslos ohne jedes Zutun von Politik. Politik kann innovationsfreundliche „Ökosysteme“ gestalten helfen, Rahmenbedingungen setzen, Kartellpolitik betreiben, verantwortbare

Sicherheitspolitik voranbringen, ökologische Steuerreformen beschließen und andere Maßnahmen (auf Feldern wie Forschung und Bildung) setzen, die mehr oder weniger innovationsfreundlich sind.

Anfang 2019 entspann sich in Deutschland eine heftige ordnungspolitische Diskussion, nachdem der Wirtschaftsminister die *Nationale Industriestrategie 2030* präsentiert hatte und dafür von wirtschaftswissenschaftlicher Seite teilweise vernichtende Kritik erntete (BMW 2019). Manche fragen sich, ob sich hier ein wettbewerbs- und industriepolitischer Paradigmenwechsel ankündigt (Terhechte 2019). Die (nicht beendete) Debatte zeigt nicht nur das Spannungsfeld zwischen wirtschaftsseitig angestoßenen Innovationsprozessen und staatlichen Planungs- und Schutzvorstellungen – die Intensität des Streits ist auch ein Indikator dafür, wie zentral das Innovationsthema für den Erfolg von Gesellschaften ist.

### **Wie organisiert man „Exnovation“ des Unerwünschten?**

Gutes – auch: Innovatives – kommt nicht nur durch Handeln, sondern wesentlich auch durch Nicht-Handeln in die Welt, also durch Unterlassen. Für gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und nicht zuletzt auch ökologischen Fortschritt werden daher nicht nur Innovationen benötigt, sondern auch „Exnovation“, die gedanklich der skizzierten negativen Ethik Ottmanns nahesteht. Die Exnovation gehört zur Nachhaltigkeitsstrategie „Suffizienz“ (Reflexion und Reduktion individuellen Verbrauchs) wie die Innovation zur Strategie „Effizienz“ („Konsistenz“ setzt darauf, Materialströme und Energie naturverträglich zu gestalten; vgl. Huber 1995; 1998). Wo Innovation vor allem (nicht nur!) auf Technik setzt, stellt Exnovation (ebenso wie Suffizienz) vor allem auf die Veränderungskraft der Kultur ab.

Niko Paech (2005, 252) schreibt in *Nachhaltiges Wirtschaften*, ein nachhaltigkeitsorientiertes Innovationsmanagement müsse

„neben dem Neuen auch das identifizieren, was künftig ersetzt und damit vermieden oder reduziert werden soll. An diesem bislang fehlenden Dualismus des Hinzufügens und Aufgebens von materiellen Bedarfen müssen sich unternehmerische Nachhaltigkeitsstrategien messen lassen, wenn sie der Substitutionslogik im Sinne wachstumsvermeidender Lösungen folgen wollen. In physisch-materieller Perspektive kann Wachstumsneutralität bedeuten, dass zu den natürlichen Rhythmen des Wachsens und Schrumpfens zurück gefunden wird.“

„Dualismus des Hinzufügens und Aufgebens“ ist ein Konstrukt, das im Mainstream der Ökologiediskussion nach wie vor ein Schattendasein führt – und darüber hinaus weder im sozialwissenschaftlichen noch im gesellschaftspolitischen Diskurs eine nennenswerte Rolle spielt. Zu Unrecht, denn: mikroökonomisch wie makroökonomisch ist das Ziel oft Reduktion (also weder Maximierung noch Optimierung) – und das geht nicht mit Innovation allein, sondern muss Exnovation als „eigenständiges Prinzip der Problembehebung“ einschließen. Dass damit auch Ent-Lernen und Vergessen Elemente des Weges zu einem nachhaltigen Wirtschaftsstil sein müssen, dürfte auf der Hand liegen. Dass das Thema trotzdem ein Schattendasein führt, mag psychologische Gründe haben: Es geht um das Aus-der-Welt-gehen von Dingen, an die man sich womöglich gewöhnt hat. Anders formuliert: Es geht um Verschwinden, um Sterben. Wenn man dieses Thema ernst nimmt, ist man bei einer Frage, die weitaus komplexer erscheint als zum Beispiel diejenige nach guten Innovationsbedingungen: Was darf bleiben, was muss „sterben“? Das Projekt *überMorgen* wird Gelegenheit bieten, über diese gesellschaftspolitisch heikle Frage kontrovers zu diskutieren: Wer entscheidet über die (Nicht-)Existenz von Kernwaffen, kohlendioxidintensive Mobilitätsformen und bestimmten Tierversuchen? Exnovation ist als Neuerung paradoxerweise eine soziale Innovation – und ein spannendes Zukunftsthema.

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).